

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 194.

Ar. 438. Zweite Ausgabe

Mittwoch, 18. September 1901.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 27.
Telephon Nr. 125.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.
Telephon-Nr. Via Nr. 11492.

Amerikanische Handelspolitik.

Seitdem die Frage des Zolltarifs und der Handelsverträge im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht, erheben sich in den liberalen Zeitungen hier und da Nachrichten, welche geeignet sind und wohl auch bezwecken, die Meinung hervorzuheben, als stühe in der Zollpolitik der Vereinigten Staaten eine Gefahr von dem bisherigen System des Höchstzolltarifs bevor. Man weiß darauf hin, die Ausfuhrfähigkeit der amerikanischen Erzeugnisse sei im Laufe des verflohenen Jahres beträchtlich gewachsen, daß die Vantees um den europäischen Markt nicht zu verlieren, Alles vermeiden müßten, was das Ausland zu Gegenmaßnahmen gegenüber amerikanischen Ausfuhrwaren veranlassen könnte. Die Sicherung des ausländischen Marktes sei für die Amerikaner ja auch durch ein vernünftiges System der Gegenförmigkeit leicht zu erreichen. So ungefähr soll der Staatssekretär des Schatzamtes, Gove, in Washington einen Vertreter einer Chicagoer Zeitung gegenüber sich ausgesprochen haben. Eine ähnliche Äußerung wurde bald darauf dem Präsidenten Mac Kinley dem Urheber der amerikanischen Zollpolitik, in den Mund gelegt. Die sämtlich unläufig als New-York gemeldet wurde, hielt der frühere französische Minister Jules Siegfried bei einem in Montreal ihm zu Ehren veranstalteten Frühstück eine Rede, worin er erwähnte, Mac Kinley habe kürzlich ihm gegenüber erklärt, er sei kein Ultra-Schutzhändler mehr, die Vereinigten Staaten seien bei einem solchen Abschritt ihrer Geschichte angekommen, wo es nötig sei, Handelsbarrieren aufzuheben; die Notwendigkeit eines extensiven Schutzzolls sei jetzt zum großen Teil verschwunden. Das Alles sind natürlich nur Sirenenrufe, um auf die Zollpolitik der europäischen Staaten, insbesondere Deutschlands, einzuwirken. Man darf dabei aber nicht aus dem Auge verlieren, daß gerade unter der Herrschaft des amerikanischen Schutzzollsystems die Einfuhr der Vereinigten Staaten einen gewaltigen Aufschwung genommen hat.

Sehr richtig erinnert die „Allgemeine Volkszeitung“ daran, daß noch im Jahre 1891 die Gesamt-Einfuhr der Vereinigten Staaten nur 884 Millionen Dollar betrug, die Gesamt-Einfuhr nur 845 Millionen Dollar, so daß sie nahezu das Gleichgewicht sich hielten, aber für das Staatsbankrottjahr 1900 bei einer Gesamteinfuhr von 1270 Millionen Dollar und einer Gesamtausfuhr von 1825 Millionen Dollar ein Ueberschuß zu Gunsten der Vereinigten Staaten in der Höhe von nicht weniger als 645 Millionen Dollar sich ergab. Was insbesondere Deutschland betrifft, so hat es im Kalenderjahr 1900 nur für 440 Millionen Mark Waaren nach den Vereinigten Staaten ausgeführt, aber für 1004 Millionen Mark solche von dort eingeführt. Und angesichts solcher für die amerikanische Volkswirtschaft so überaus günstigen Ergebnisse will man uns einreden, die Handelspolitik der Vantees werde demnach in andere Bahnen gelenkt werden? Die erwähnten Redensarten der amerikanischen Staatsmänner und ihr Nachdruck in der deutschen Wochenspresse haben den Zweck, Deutschland irrezuführen und über die Zollfrage hinwegzuführen, daß Amerika sich durch sein Schutzzollsystem den auswärtigen Markt nicht verschließen, sondern eröffnen hat.

Deutsches Reich.

Salle a. S., 18. September.

* **Russisch-deutsches Finanzabkommen.** Die Beteiligung der russisch-chinesischen Bank an der Emission von Eisenbahnobligationen in Deutschland wird, wie ein Berliner Blatt aus Petersburg gemeldet wird, in den nächsten Tagen als ein Angelegenheit dafür angesehen, daß dieses Institut fortan auch mit dem deutschen Markt zu rechnen beabsichtigt. Es versteht sich, wie bereits in Paris, auch in Berlin, ein Filiale errichtet werden soll. Dies ist das erste Mal, daß die russisch-chinesische Bank sich an Operationen in Deutschland beteiligt. Niemand will man hierin einen Beweis dafür erblicken, daß bezüglich des Vorgehens in Ostasien zwischen Rußland und Deutschland vollkommene Einvernehmen herrsche und Anstand bei Erfüllung seiner Kulturaufgaben im fernem Osten auf Deutschlands Interesse Rücksicht zu nehmen könne.

* **Der Kaiser** begab sich Montag früh 6 Uhr 45 Min. mit Sonderzug nach Mandau. Die Prinzen, die fremdbürtlichen Offiziere und Prinz Adolph folgten in dem sogenannten Fürstentzug.

Das 17. (blau) Bataillon hatte mit der zu ihm gehörigen Kavallerie-Division B Montag Abend seinen Aufmarsch bei Danzig beendet und hat gestern Morgen den Vormarsch angetreten. Das erste (rot) Bataillon, dem die Kavallerie-Division A bereits vor einigen Tagen über die Weichsel vorangegangen war, hat Montag und in der Nacht bei Weigenberg und Wiens die Weichsel überschritten und rückt gegen Danzig vor.

Der Kaiser wollte auch gestern dem Manöver bei, besuchte nach demselben das Bataillon der Kavallerie-Corps bei Glesau und führte von Spengauwitz mittelst Sonderzuges über Dirschau nach Danzig zurück, wobei er sich an Bord der „Sogolowka“ begab. Vormittags hat ein starker Regen eingesetzt, welcher noch anhaltet.

Bei den gestrigen Manövern ist die Infanterie nicht zum Einsatz gekommen.

genommen. Die Kavallerie-Divisionen A (rot) und B (blau) sind in der Gegend zwischen Groß-Melsdorf und Groß-Trampeln aufeinander gestoßen. Das Gefecht endete mit dem Siege der Division A.

Der Kaiser telegraphisch erste Nachricht am die Mandauverteilung entgegen folgendes: „Die Manöver der Divisionen, die von Böhden geschickt werden, Feuer anzuzünden ist unmöglich; die Mannschaften sind total durchgehlt, außerhalb der Schützlinie ist überhaupt nichts zu sehen; infolge dessen ist am Mittwoch Abzug.“

* **Die Ankunft des Kaisers** auf der GutsMuths-Cabine in Danzig am Donnerstag, 19. d. Mts., feierlich. Se. Majestät wird sich von Danzig an Bord der „Sogolowka“ nach Pillau begeben, von wo die Weiterreise nach Coblenz auf dem Torpedoboot „Eisner“ angetreten wird. Der Kaiser will auf seiner GutsMuths-Cabine einige Tage in völliger Zurückgezogenheit verbringen. Die Kaiserin ist bereits, von Danzig kommend, in Coblenz gestern (Dienstag) eingetroffen. Die Einweihung der im dortigen Manufaktur-errichteten Gebetskapelle findet am nächsten Sonntag im Beisein der Majestäten statt; es soll jedoch hierbei auf Wunsch des Kaisers jedes größere festliche Gebränge vermieden und nur ein einfacher Gottesdienst abgehalten werden. Prinz Joachim und Prinzessin Viktoria Luise, die beiden jüngsten Kinder des Kaiserpaars, werden sich demnach zum Besuche der Landrath v. Geyerschen Familie nach deren Gute Algenoten begeben. — Das Kaiserpaar wird voraussichtlich schon am Nachmittage des 23. d. Mts. Coblenz wieder verlassen und die Reise nach Jagdshof Pomnien antreten, wo bis zum 3. Oktober Aufenthalt genommen werden soll. Im Anschluß hieran erfolgt mit den beiden jüngsten Kindern, die bei der Durchreise von Coblenz abgeholt werden, die Rückfahrt nach Berlin bzw. Potsdam.

* **Der Kronprinz**, welcher gestern Vormittag die Stadt Berlin verließ, hat am Vormittag in dort in Berlin ein und reiste, nachdem er die Ehrenbürgerbriefe in Augenschein genommen, nach Alsterdorf weiter.

* **An Stelle** des bisherigen Provinzialverordnungs des Bundes der Provinzialverordnungs des Abg. Herrn v. Weitenberg, welchem er sein Amt niedergelegt hat, ist zum Provinzialverordnungs-Geschäft Herr Dr. Lindberg zum Vorsitzenden im Kreis Lüben ernannt worden.

* **Abgangs** des Straßburger Geschichtsprofessors. Wegen der Ernennung des katholischen Dr. Spahn zum Geschichtsprofessor in Straßburg haben jetzt, wie bereits angeführt war, die Professoren der reichsständischen Kaiser-Wilhelms-Universität Protest eingelegt und in diesem Sinne ein Gesuch an den Kaiser gerichtet.

* **Die Untersuchungs** des Wörfenaustritts stellte gestern den Text des an den Reichstag zu erscheidenden Gutachten des Ausschusses fest. Das Gutachten beantragt unter anderem die Aufhebung des Biererwerbssteuer, mindestens aber die Reduktion der Erwerbsteuer und der freilichen Anwerbssteuer, ferner die Aufhebung des Verbot des Fernhandels in Getreide, Mühlenfabrikaten, Antkeilen an Bergwerken, Fabrikunternehmen, mindestens aber die Bestimmung, daß dieselbe unbedacht der Reichsregierung der einzelnen Geschäfte verboten ist. Aber von dem Wörfenaustritt andere Verordnungen erachtet? Nur soll er sich nicht einbinden, daß sie angenommen werden!

* **Gegen den Anarchismus** und seine Verharmlosung. Wenn in letzter Zeit die anarchische Freveltat gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten die Gemüther in Bewegung gesetzt hat, ist regelmäßig der Ruf nach internationalen Vereinbarungen zur Bekämpfung des Anarchismus laut geworden. Dies ist auch jetzt angesichts der Ermordung des Präsidenten Mac Kinley der Fall. In die deutsche Regierung sind indessen, einer offiziellen Mitteilung zufolge, Anregungen in Bezug auf eine gemeinsame internationale Aktion gegen die Anarchisten bisher nicht herangetreten. Das Blatt führt dann aber mit Recht fort:

„Wohl aber verdient auch in diesem Falle das Verhalten der sozialdemokratischen Presse gegenüber der anarchischen Mordthat volle Beachtung. So weit diese Presse durch den Anarchismus und seine Freveltaten die sozialdemokratischen Bestrebungen, insbesondere die Prinzipien der sozialdemokratischen Führer für bedroht erachtet, sucht man den Anarchismus allerdings von den Schöpfern der Sozialdemokratie abzumitteln. Im Uebrigen aber wird auch in dem vorliegenden Falle die That nicht als eine Freveltat schlichter Art, sondern als Wahnsinn, und was in Wirklichkeit noch schlimmer ist, als die natürlichste Folge bestehender sozialer Zustände bezeichnet. Man hat mit der Charakterisierung der anarchischen Freveltaten als der natürlichen Frucht solcher Zustände die verheerende Agitation zusammen, welche die Sozialdemokratie gegen die besagte wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung in Szene setzt, so wird man sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß die anarchischen Freveltaten in der sozialdemokratischen Verheerung gegen die bestehenden Zustände ihren Nährboden finden und daß demzufolge die nachdrücklichste Antwort gegen diese sozialdemokratische Verheerung auch unter den Maßregeln zur Bekämpfung anarchischer Verbrechen eine wichtige Rolle spielen muß. Offensichtlich bleibt es endlich nicht mehr bei bloßen Worten!“

Zum Präsidentenmord.

Die Leiche des ermordeten Präsidenten ist in der vergangenen Nacht von Buffalo nach Washington übergeführt worden.

Der Zug mit der Leiche Mac Kinleys kam Montag Abend 9 1/2 Uhr in Washington an. An allen Stationen, die der Zug in langsame Fahrt passierte, fanden gewaltige Menschenmassen, die den Zug in eifrigster Haltung vorbeiziehenden. Bei der Ueberführung der Leiche nach dem White House nach dem Capitol und dem in der Nacht die Bestattungen abgehaltenen Gottesdienste waren sämtliche Washingtoner Wohlthätigen und Geschäftlichen vertreten. Um 9 Uhr wurde der Zug, der auf einen einfachen Leichenwagen ruhte, aus dem Weissen Haus herausgeführt, geleitet von regulären Truppen, Matrosen und Soldaten, sowie von Veteranen der großen Arme. Im Zuge befanden sich Präsident Roosevelt, der frühere Präsident Cleveland, Vertreter aller Zweige der Bundesregierung, eine Anzahl Gouverneure mit ihren Beamten und Vertreter zahlreicher Civilgesellschaften. Frau Mac Kinley blieb im Weissen Haus zurück. Der Gang wurde in dem weiten Raum unter der Kuppel der Nordseite um 11 Uhr aufgestellt. Der Gottesdienst begann um 11 Uhr. Während der Ueberführung waren die Straßen ungedeckt des Wegens von einer dichten Menschenmenge bedeckt.

Der neue Präsident Theodor Roosevelt hat in einer am Montag abgehaltenen Ministerkonferenz sein Programm entwickelt, das sehr verschiedenartig bezeichnet wird. Und das ist nur zu natürlich. Derartige Programme sind auf dem Effect einer möglichst großen Menge berechnet, es sind schöne Worte, die man so und so heuten kann, je nachdem es der Zuhörer haben will. Man wird abwarten haben, wie der Redner seine schönen Worte in die That umsetzt. Der neue Mann von höchster Integrität in Vertrauensstellungen berufen will, ist sehr erfreulich; ebenso notwendig wäre aber auch, den Einfluß der Männer des Dollars auf die Staatsmaschine zu belegen. Hieran hat es bisher gefehlt und dem Umstände ist es auch zuzuschreiben, daß der Anarchismus in Nordamerika einen so vortheilhaften Nährboden gefunden hat.

Präsident Roosevelt wird übrigens, wie er erklärt hat, über die Eingehalten der Pläne seiner Veranlassung keine offizielle Erklärung abgeben, es er von der Zeitnahme an der Befragung Mac Kinleys wieder in Washington eintreffen. Der Vizepräsident des New-York Herald in Washington meldet, es sei nunmehr sicher, daß Staatssekretär Gove seine Entlassung innerhalb 14 Tagen einreichen wird. Diefelbe werde angenommen und Gove zu seinem Nachfolger ernannt werden. Der Berichterstatter des New-York Herald in Washington berichtet weiter, es sei jetzt fast sicher, daß der Schatzsekretär Gove im Amt bleibe. Der Attorney General Knox werde nachträglich im Amt bleiben, wenn nicht eine Veränderung in den gegenwärtigen Kabinets eintrete. Der Präsident Roosevelt habe am Montag zu einem intimen Freunde gesagt: „Da war ein Kandidat für die Präsidentschaft 1904. Man muß nicht so mit absehen; ich bin keinesfalls Kandidat für die nächste Wahl.“

Der Nordd. Allgem. Zeitung“ zufolge hat Staatssekretär Gove in höchsten Worten dem Reichspräsidenten Grafen von Bismarck für seine Weisheitsbegehung seinen Dank ausgesprochen.

Gegen den Anarchisten Golgob; ist von der Anklagejurgen wegen Mordes im Erlau-Grabe die Anklage erhoben worden. Sein Prozeß beginnt am nächsten Montag. Die Regeln, die der Mordbube auf Mac Kinley abhoh, sollen, wie schon gemeldet, vergütet gewesen sein; doch ist dies vielleicht nur ein Gerücht, das aus der Zehschale entstanden ist, daß die Wänder des Schußkanals, wie gemeldet, völlig abgetrieben waren.

Der Anarchist Johann Wolf wurde gestern in New-York dem Gericht vorgeführt. Der Richter erklärte, er glaube nicht, daß der Wolf's Blatt erziehende Gefangene mit dem Verbrechen in Buffalo in Verbindung steht. Wolf wurde darauf gegen eine Bürgschaft von 500 Dollars freigelassen.

Ausland.

Frankreich.

Frankreich und die Türkei. Aus Athen einem reichlichen Blatt zugegangenen Nachrichten zufolge versichern dortige diplomatische Kreise, die französische Regierung habe angedeutet, daß bei einer Verabredung des Streitfalles mit der Türkei die Insel Rhodos alldalb besetzt werde, um diese bis zur völligen Genugthuung leitens der Porte zu behalten. Die englische Regierung habe mit diesem Falle sehr ernst geredet und bereits dem britischen Mittelmeer-Geschwader ein Befehl erteilt, damit dieses sofort bei einer weiteren Uebergriffung der Insel im Ägäischen Meeres vor Anker gehe und die Insel Ghios oder Thajosa als Ausgleich objekt besetze.

Angefangen der Sprache der nationalistischen Organe erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Pariser Regierung, um her von jener ausgehenden öffentlichen Meinung entgegenzutreten, sich zu einem derartigen Schritt bewegen läßt.

Zum Besuche des Zaren. Der „Standard“ ist mit dem russischen Kaiserpaar gestern (Dienstag) früh 5 1/2 Uhr von Brunsbüttel nach Danzig abgegangen, nachdem der Kreuzer „Svevia“ schon Nachmittag in Danzig angekommen war. Am Montag waren der Großherzog und der Großherzogin mit dem Wächter-Genauen in Brunsbüttel mit Automobil zum Besuche eingetroffen und hatten sich an

